

Darmstadt links

PDS/DKP
Offene Liste Darmstadt

Informationen der
Stadtverordnetenfraktion

Extra



Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2004

Hartz IV und die Stadt Darmstadt

Am 16.12.2004 fand die letzte Stadtverordnetenversammlung in Jahr 2004 statt. Da auch der städtische Haushalt debattiert wurde begann diese Sitzung schon um 11 Uhr. Kurz vor Ende dieser Mammut Sitzung wurde gegen 21:30 Uhr noch unser Antrag zur Umsetzung von Hartz IV in Darmstadt diskutiert. Es waren drei Punkte, die wir beantragt hatten:

1. Langzeitarbeitslose, die ab 01.01.2005 Arbeitslosengeld II (ALG II) beziehen, können gezwungen werden, Arbeitsgelegenheiten für 1-2 Euro Stundenlohn anzunehmen. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt dies für alle städtischen Einrichtungen ab und fordert alle nichtstädtischen Einrichtungen in Darmstadt auf, keine solchen Arbeitsgelegenheiten einzurichten.

Arbeiten für einen Euro

PDS/DKP-Antrag für den Verzicht auf Billigjobs scheitert

Die Stadt wird im Rahmen des neuen Arbeitslosengeldes II Ein-Euro-Jobs anbieten. Laut des Sozialausschussvorsitzenden Jochen Partsch (Grüne) allerdings nur in geringem Ausmaß. Der PDS/DKP-Antrag, auf diese Arbeitsmaßnahme ganz zu verzichten, scheiterte im Stadtparlament.

DARMSTADT · 17. DEZEMBER · BLU · „Ein-Euro-Jobs gefährden Arbeitsplätze im sozialen Bereich“, begründete Reiner Keil (PDS/DKP) seinen Antrag. Zudem werde Druck auf den Niedriglohnsektor ausgeübt. Die Bezahlung der Beschäftigten werde wegen der billigen „Zwangsarbeit“ weiter sinken. Keil forderte zudem, dass die Stadt bei Empfängern des Arbeitslosengeldes II die Wohn- und Heizkosten übernimmt, um „Zwangsumsiedlungen zu vermeiden.“ Der dritte Punkt des Antrags sah vor, dass die Stadt allen Darmstädtern die Krankenversicherung zahlt, die keinen Anspruch auf das neue Arbeitslosengeld haben.

CDU, SPD und Grüne kritisierten am Donnerstag im Stadtparlament den Antrag von Keil. „Er ist inhaltlich falsch und polemisch begründet“, sagte der Vorsitzende des Sozialausschusses Jochen Partsch. Er wies die Wortwahl von Keil zurück. Die Darmstädter Grünen hätten selbst einige Kritik am Reformgesetz Hartz IV. „Bei Hartz IV geht es aber nicht um Zwangsarbeit und Zwangsumsiedlung.“ Ein-Euro-Jobs könnten nicht generell abgelehnt wer-

den. „Sie haben in der Beschäftigungsförderung ihre Berechtigung als Beginn einer Qualifizierung.“ Die Stadt werde Ein-Euro-Jobs aber nur sehr zurückhaltend nutzen, versicherte Partsch.

Der Begriff Zwangsumsiedlung sei angesichts der freibeiwilligen Grundordnung Deutschlands nicht angemessen. In Darmstadt erhalten von Hartz IV Betroffene einen Mietkostenzuschuss, der sich am Mietpreis orientiert, erläuterte Partsch. Das sei mehr als in anderen Kommunen.

Miete 1,53 Euro zu hoch

Keil wies darauf hin, dass die Arbeitsagentur Bescheide verschicke, in denen Beziehern von Arbeitslosengeld II nahe gelegt werde, die Wohnung zu wechseln: „Und das, weil die Miete 1,53 Euro zu hoch ist.“ Der Chef der Arbeitsagentur, Gert Mittmann, der als Nachrücker in die FDP-Fraktion erstmals an einer Sitzung des Stadtparlamentes teilnahm, bestätigte die Angaben von Keil. Die Agentur wolle die Betroffenen darauf hinweisen, dass sie den zu hohen Mietanteil sonst selbst tragen müssten.

Die Stadt könne die Kosten für eine Krankenversicherung nicht übernehmen, wenn kein Anspruch auf Arbeitslosengeld II bestehe, sagte Partsch. „Das würde die Kommune überfordern.“

Dem PDS/DKP-Antrag stimmte lediglich noch die Wählerinitiative Uffbase zu. Die Fraktion Offenes Darmstadt enthielt sich.

2. Die Stadt Darmstadt wird bei Empfängern von ALG II die Wohn- und Heizkosten komplett übernehmen, um Zwangsumsiedlungen zu vermeiden

3. Die Stadt Darmstadt wird die Kosten für die Krankenversicherung derjenigen Menschen übernehmen, die in Folge der Neuregelungen aus dem ALG II herausfallen und dann nicht mehr krankenversichert sind.

In der Antragsbegründung versuchte ich folgende Punkte klarzumachen: Mit Hartz IV wurde der größte Sozialraub in der Geschichte der BRD eingeleitet, mit Hartz IV wird kein neuer Arbeitsplatz geschaffen, im Gegenteil, gerade im sozialen und kommunalen Bereich werden Arbeitsplätze abgebaut.

aus: Frankfurter Rundschau vom 18.12.2004

Bitte wenden!

Hartz IV bedeutet für viele Menschen auf Grund der Grenze für angemessenes Wohnen einen Umzug in eine billigere Wohnung. Erste Bescheide wurden bereits versandt (so wurde einem ehemaligen Arbeitslosenhilfebezieher wegen Überschreitung dieser Mietobergrenze um 1,53 Euro geraten sich eine billigere Wohnung zu suchen).

Dies wurde vom FDP- Stadtverordneten Mittmann (im Hauptberuf Leiter der Darmstädter Agentur für Arbeit) bestätigt.

Jochen Partsch, Grüne, begründete die Ablehnung unseres Antrages für die SPD/Grüne-Koalition und tat sich sehr schwer damit. Er betonte das gerade die Darmstädter Grünen Probleme mit Hartz IV hätten, wiederholte aber in Folge die unsäglichen Argumente für Hartz IV (Menschen müssten wieder an Arbeit „herangeführt werden“, usw.).

Für unseren Antrag stimmte noch die Fraktion UFFBASSE, Offenes Darmstadt enthielt sich.



Diesem Antrag wurde also das selbe Schicksal zu Teil wie seinem Vorgängerantrag im Sommer, jedem Bezieher von ALG II, der länger als drei Monate bei der Stadt beschäftigt wird einen festen, tarifierten Arbeitsplatz anzubieten. Gerade Vertreter der Sozialdemokratie bezeichneten eine solche Forderung als unrealistisch und nicht finanzierbar. Sie machten damit eindrucksvoll deutlich, was sie von solchen Errungenschaften wie Tarifverträgen halten. Enttäuschend wie wenig transparent die in Darmstadt beschlossene Arbeitsgemeinschaft mit der Agentur für Arbeit umgesetzt wurde. Kaum Infos für Stadtverordnete, fehlender Finanzierungsplan und ungeklärte Detailfragen.

Lesern des Darmstädter Echo wurde unser Antrag und die Diskussion dazu (wie fast immer bei Initiativen oder Anträgen unserer Fraktion) vorenthalten. Einen sehr guten Artikel gab es in der Frankfurter Rundschau (siehe Kasten auf der Vorderseite).

Hartz IV ist nur der Anfang. Ab 1.1.2005 wird sich für viele Menschen, nicht nur in Darmstadt, die Situation weiter zuspitzen. Es wird wichtig sein die Auswirkungen von Hartz IV (und den nachfolgenden „Reformen“) gerade kommunalpolitisch als das zu brandmarken, was sie letztendlich sind: als Verletzung der Menschenwürde.



PDS - DKP/Offene Liste - Stadtverordnetenfraktion

c/o Rainer Keil, Heinrich-Fulda-Weg 13, 64289 Darmstadt

Tel.: 06151-66 90 310, Fax: 06151-66 90 533

E-Mail: info@pds-dkp-old.de

Internet: www.pds-dkp-old.de
